

Christine Lambrecht

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Christine Lambrecht im Gespräch mit Geschäftsleitung der „Odenwald-Quelle“

Berlin/Heppenheim, 17. Nov. 2004

Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat auf Einladung der Geschäftsführung das Heppenheimer Werk des Mineralbrunnens „Odenwald-Quelle“ besucht. Neben der allgemeinen Werksbesichtigung wurde Lambrecht von den Geschäftsführern Achim Kalweit und Dr. Reinhold Reis auf die aktuellen Probleme des Unternehmens hingewiesen.

So hat die „Odenwald-Quelle“ 2001 die unternehmerische Entscheidung getroffen, in Bezug auf Plastikflaschen, sogenannte PET-Flaschen, auf die Petcycle-Lösung zu setzen.

Petcycle ist ein Mehrwegkastensystem, das derzeit von 85 Abfüllern genutzt wird. Die PET-Flaschen in den Kästen werden nach Rücknahme durch die Odenwald-Quelle nicht wiederbefüllt sondern recycelt, um wieder in neue Flaschen eingearbeitet zu werden.

Flaschen und Kästen sind bepfandet und werden überall (außer in Discountern) zurückgenommen. Im Petcycle-Verbund sind rund 85 Mineralbrunnen zusammengeschlossen, die ihre Getränke alle im gleichen Kasten auf den Markt bringen. Kalweit machte deutlich, dass dies dem Unternehmen – neben qualitativen Vorteilen in Bezug auf das Produkt - wirtschaftlich günstiger und auch ökologisch vernünftiger erschien, als sich dem Mehrwegsystem anzuschließen. Man hat mittlerweile in Heppenheim mit einem Investitionsvolumen von 11 Mio. Euro eine Abfüllanlage gebaut, die das Mineralwasser und die anderen Odenwald-Quelle

Christine Lambrecht

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Produkte in die PET-Flaschen füllt. Dort sind 130 Menschen beschäftigt.

Lambrecht machte deutlich, dass Anfang 1990 von der Regierung Kohl die Verpackungsverordnung gegen den Widerstand der SPD, die eine Abgabenregelung wollte, durchgesetzt hatte. Bei der Unterschreitung einer festgelegten Mehrwegquote sollte danach eine Pfandpflicht ausgelöst werden. Als Umweltministerin hat Angela Merkel die Verordnung erweitert, so dass die Pfandpflicht ggf. auch für Wein, Säfte und Milch gelten sollte. Diese Erweiterung konnte von rot-grün eingeschränkt werden, so die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht. Die rot-grüne Bundesregierung setzt das von CDU/CSU und FDP geschaffene Recht um und wird dafür von den Urhebern der Pfandpflicht massiv kritisiert.

Die CDU-regierten Länder hatten im Rahmen der Verpackungsverordnung im Bundesrat durchgesetzt, dass neben dem Mehrwegsystem auch Insellösungen für bepfandete Einwegprodukte zugelassen sind. Die Bundesregierung hatte dies damals geduldet, weil sonst im Bundesrat alles blockiert worden wäre. Mittlerweile hat die EU-Kommission Deutschland wegen dieser Insellösungen verklagt. Das Bundeskabinett hat ebenfalls die Abschaffung aller Insellösungen beschlossen, unabhängig davon, ob die Flasche wie bei Petcycle in einem Mehrwegkasten steht oder nicht. Petcycle gilt derzeit als Insellösung. Eine Aufrechterhaltung des Kabinettsbeschlusses auch im Bundesrat würde bedeuten, dass 85 vorwiegend kleine und mittelständische Brunnen in ihrer Existenz bedroht wären. Bei der Odenwald-Quelle gingen 130 Arbeitsplätze in der Region Rhein-Neckar verloren. Wichtig ist, dass sog. Hersteller-Insellösungen wie Petcycle aufrecht erhalten bleiben können, so der Geschäftsführer Dr. Reis.

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Lambrecht sagte zu, dass sie auf das Problem der Odenwald-Quelle beim Bundesumweltministerium und beim Bundeswirtschaftsministerium in Berlin aufmerksam machen werde. „Es muss zumindest darüber nachgedacht werden, ob es möglich ist, einen Unterschied zwischen geschlossenen Insellösungen des Handels und offenen Hersteller-Lösungen zu machen“. Dies werde sie in Berlin mit den zuständigen Ministerien erörtern.

